

### Erste Knospen

Von Hermann Eich

Wer den Konjunkturhorizont nach Silberstreifen absucht, entdeckt in der Arbeitslosenstatistik vom Oktober erste Anzeichen. Der Anstieg der Arbeitslosenziffer blieb hinter den Befürchtungen zurück. Das industrielle Herz der Bundesrepublik, das Land Nordrhein-Westfalen, verzeichnet sogar zum ersten Mal seit fünfzehn Jahren für den Vergleichsmonat Oktober einen wenn auch winzigen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Besonders erfreulich ist die überprozentuale Abnahme der Jugendarbeitslosigkeit im Monatsvergleich. Wirtschaftliche Aufschwungparole der Bundesregierung scheinen nicht länger in der Luft zu hängen. Selbst Arbeitsamtschef Stingl entdeckte jetzt einen sich aufhellenden Konjunkturblick, was ihm von der SPD den Vorwurf von Handlangerdiensten für die christlich-liberale Bundesregierung und ihre Wirtschaftspolitik einbrachte.

Nach altem Brauch haben Regierung und Opposition in Bonn sogleich unterschiedliche Schlüsse aus dem jüngsten Arbeitsmarktbericht gezogen. Jede neue Arbeitslosenziffer ruft in der gewohnten Schlachtordnung die Wirtschaftsexperten auf den Plan. Während die SPD für massive öffentliche Konjunkturimpulse, und sei es um den Preis einer noch höheren Verschuldung, eintritt, ist im Bonner Regierungslager der Glaube an die selbstheilenden Kräfte der Marktwirtschaft trotz Kohle-, Stahl- und Schiffsbaupanik im wesentlichen ungebrochen. Die jahrelange wirtschaftliche Talfrucht, von der Bundesregierung immer noch als eine Erblast der Vorgängerregierungen empfunden, nähert sich offenbar dem Ende. Auf dem steinigsten Weg der Sparpolitik mehrten sich die Signale für einen Aufstiege, ohne daß noch länger auf die Autosuggestionenformel fast jeder Regierung, es gehe den Bürgern von Monat zu Monat immer besser, zurückgegriffen werden müßte.

Daß die Zeit nach ersten Enttäuschungen für die Bonner Koalition arbeitet, wird als die übliche Selbstberuhigungs- und

Selbstrechtfertigungsübung der Bundesregierung durch die Oktoberstatistik vom Arbeitsmarkt wenigstens nicht widerlegt. Die Situation ist immer noch mies, wie Stingl, dem die SPD Schönfärberei im Dienste seiner Parteifreunde von der CDU vorhält, vorsichtshalber seiner Aufhellungsprognose hinzufügte. Wie könnte es anders sein angesichts des Tatbestandes, daß die Bundesrepublik noch immer die höchste Arbeitslosenzahl seit Beginn der genauen Statistiken im Jahre 1950 aufweist. Aber diesmal kam eigentlich keine neue Hiobsbotschaft aus Nürnberg, wie man sie seit Jahren gewohnt war. Wer bisher noch nicht in den Strudel der Arbeitslosigkeit hineingerissen worden ist, kann wieder hoffen. Das Trauerspiel, daß Jugendliche gleich beim Eintritt in ihre angestrebte berufliche Laufbahn durch Arbeitslosigkeit ausgesperrt werden, wird allmählich mit vereinten Kräften beendet. Es wird gewiß noch Jahre dauern bis zum Eintritt der Vollbeschäftigung. Der CDU/CSU-Fraktionschef Dregger rechnet mit zehn Jahren. Soviel kann jetzt immerhin gesagt werden, daß die Bremsen zu greifen beginnen.

Der Winter scheint auf dem Arbeitslosenmarkt weniger dramatisch zu werden, als bestimmte Wirtschaftspolitiker mit der Horrornzahl von drei Millionen Arbeitslosen vorausgesagt haben. Die Bundesregierung war wirklichkeitsnäher, denn die von ihr als Jahresdurchschnitt für 1983 angenommene Zahl wird erfreulicherweise unterschritten. Beim Eintritt in den Winter, der die Arbeitslosenstatistik erfahrungsgemäß in die Höhe treibt, zeigen sich, wenn man so will, die ersten Knospen eines zaghaften Wirtschaftswachstums. Sie haben den Winterfrost noch vor sich, aber es ist nicht länger auszuschließen, daß sie ihn übersteigen werden. Erste wenn auch noch unsichere Zeichen für ein fernes Frühlingserwachen in der deutschen Wirtschaft - das ist an der Schwelle zum Winter jedenfalls ein ermutigendes Erlebnis.

### Zu wenig

ste. - Auch nach dem Urnengang am Kap bleibt das drängende Rassenproblem Südafrikas ungelöst. Die überraschend starke Zustimmung der Weißen zu Bothas Entwurf für eine beschränkte Mitbestimmung der Asiaten und Mischlinge in der Politik kann nicht darüber hinwegtäuschen: Rund 70 Prozent der Südafrikaner schwarzer Hautfarbe haben weiter keine Stimme bei den Beratungen und Entscheidungen über ihr eigenes Wohl und Wehe. An eine Abschaffung der Apartheid indes denkt Pretoria nicht. Der Ausgang des Referendums macht vielmehr in der Philosophie der regierenden Afrikaner eine Forcierung des „Homeland“-Programms notwendig, das in seiner Konsequenz die Schwarzen ausbürgert und ihnen in künstlich gebildeten „Staaten“ eine „Heimat“ gibt. Der Eindruck drängt sich auf, daß die weiße Minderheit ihre Plattform durch Zugeständnisse an die Farbigen und die daraus resultierende Loyalität zu stärken sucht. Ob sich die so Hofierten einen

Gefallen tun, ist zumindest fraglich. Die schwarze Mehrheit ist zunehmend selbstbewußter, aber auch radikaler geworden. Das Bitten um Mitbeteiligung ist längst der Forderung nach der ganzen Macht gewichen und Bombenanschläge haben die verbalen Proteste ersetzt.

Die Änderungen sind in ihrer geplanten Fassung keine Reform. „Tünche“ wäre das passendere Wort. Wenn von der neuen Verfassung ein Funke Vernunft ausgehen sollte, dann dürfte die weiße Gesellschaft nicht weiter die Augen vor der Realität und den berechtigten Forderungen der gemäßigten schwarzen Mehrheit verschließen. Die Zeit der Oligarchie nähert sich ihrem Ende. Soll die Katastrophe im südlichen Afrika verhindert werden, dann muß der friedliche Wandel beginnen. Die neue Verfassung kann nur Sinn machen, wenn seriöse Angebote an die gemäßigte schwarze Majorität folgen. Haben die neuen Rechtsnormen nur den Zweck, die Alleinherrschaft zu befestigen, sind sie zum Scheitern verurteilt. Und damit wären es auch die Weißen im Lande.

### Weiskirch sieht politische Gründe für Kirchengaustritte

Bonn. (dpa) Austritte aus der evangelischen Kirche sind nach Auffassung des verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch, vorwiegend politisch begründet. Im Deutschland-Union-Dienst schrieb Weiskirch gestern, hinter diesen Austritten verberge sich nicht etwa eine Glaubenskrise, vielmehr kehrten solche Menschen der Kirche den Rücken, die das „linke politische Engagement“ von Pastoren und anderen Amtsträgern nicht mehr tatenlos hinnehmen wollten. Das solle auch von Katholiken registriert werden.

### Rumsfeld wird neuer Sonderbotschafter der USA

Washington. (dpa) Der frühere Verteidigungsminister Donald Rumsfeld ist zum neuen Sonderbotschafter der USA im Nahen Osten bestellt worden. US-Präsident Ronald Reagan gab die Ernennung gestern in Washington bekannt. Rumsfeld wird Nachfolger von Robert McFarlane, der vor kurzem das Amt des Nationalen Sicherheitsberaters übernommen hat. Der 51jährige Republikaner war Verteidigungsminister unter Präsident Gerald Ford und hatte zuvor der Nixon-Regierung gedient. Er wird bald in die Libanon-Gespräche eingreifen.

## „Ursprüngliche Ungleichheiten in der EG nicht verschärfen“

Griechenlands Landwirtschaftsminister Simitis gegen „Ausgabenkürzungen um jeden Preis“

Von unserem Redaktionsmitglied Baha Güngör

Bonn. Vor einer weiteren Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Europäischen Gemeinschaft durch eine Agrarreform ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse und Strukturen einzelner Mitgliedsstaaten hat Griechenland Landwirtschaftsminister Konstantin

Simitis gewarnt. Der Minister, der einer Einladung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung folgt, äußerte sich gestern in Bonn in einem Gespräch mit dem General-Anzeiger. Unter Hinweis auf den unterschiedlichen Entwicklungsstand der zehn EG-

Länder meinte er, daß mit dem angestrebten Beitritt Spaniens und Portugals der Schwerpunkt der Gemeinschaft in den Mittelmeerraum verlegt wird und die Interessen der entwicklungsbedürftigen Länder eine bessere Berücksichtigung finden werden.

Simitis wendet sich vor allem dagegen, daß die Beziehungen innerhalb der EG nur auf den Handelsaustausch untereinander basieren, „dessen Nutznießer eindeutig die weitgehend industrialisierten Mitgliedsstaaten Nordeuropas sind“. Griechenland habe nicht zuletzt wegen ihrer Ablehnung des Status quo die geplante Aufnahme Spaniens und Portugals begrüßt. Vor allem aber verspreche sich Athen eine Stärkung der europäischen Einigung durch Verlagerung von Interessenschwerpunkten in den Mittelmeerraum.

Der 47jährige promovierte Jurist, der ausgezeichnet Deutsch spricht und nach Studienaufenthalten in der Bundesrepublik und in Großbritannien 1971 Dozent an der Universität von Konstanz und im Anschluß bis 1975 ordentlicher Professor an der Universität von Gießen war, geniest über die Grenzen Griechenlands hinaus Beachtung, weil er es versteht, einzelne Themenbereiche wie den von ihm betreuten Agrarsektor in direkten Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Außenpolitik zu bringen und die Probleme unter diesem Gesichtspunkt zu erläutern. So wendet er sich nachdrücklich dagegen, daß durch die Anwendung allgemeiner Regeln auf objektiv ungleiche EG-Mitglieder ohne Be-

rücksichtigung der Besonderheiten „eine weitere Verschärfung der ursprünglichen Ungleichheiten“ bewirkt und Widerstände gegen die Gemeinschaft geweckt werden.

Die Problematik liegt nach Ansicht Simitis in der Tatsache, daß sich durch die bisherige EG-Politik der Lebensstandard eines Mittelmeerbauern beispielsweise erhöht, der Abstand zu seinem Kollegen aus dem Norden sich aber überproportional erweitert hat. Obwohl es noch zu früh sei, um eine Bilanz der EG-Mitgliedschaft Griechenlands zu ziehen, könne nichts darüber hinwegtäuschen, daß sich diese Bilanz für die Griechen ungünstig entwickle: „Vor dem Beitritt kam ein kleiner Teil unserer landwirtschaftlichen Importe - weniger als 30 Prozent - aus dem EG-Raum. Heute bezieht Griechenland aus dem EG-Raum etwa 60 Prozent seiner Agrarimporte. Bei landwirtschaftlichen Exporten aber gibt es keine nennenswerten Änderungen. Von etwa 40 Prozent im Jahre 1980 war ein Anstieg auf 45 Prozent im Jahre 1981 (nach dem EG-Beitritt) festzustellen, um schließlich auf 48,4 Prozent im Jahre 1982 zu kommen. In anderen Bereichen ist die Lage für Griechenland noch ungünstiger.“

Simitis beklagt neben dem Ansteigen des Handelsbilanzdefizits den Konkurrenzdruck für die griechische Wirtschaft, die bei rückläufigen Daten von einer Stagnation der Investitionen und einer Zunahme der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sei. „Viele kleine Betriebe - 85 Prozent aller griechischen Betriebe sind Kleinbetriebe mit weniger als fünf Beschäftigten - müssen schließen, die Preise für Agrarprodukte steigen. Griechenland kann doch nicht nur vom Tourismus leben, wir brauchen eine Industrie und das Know-how des Nordens, nicht Einschränkung von Ausgaben für unsere Produkte um jeden Preis.“

Den im vergangenen Monat in Luxemburg gefaßten Beschluß des EG-Agrarministerrats, für die Erzeuger von Obst und Gemüse verstärkte Preisgarantien bei einer stärkeren Beschränkung von Einfuhren solcher Erzeugnisse einzuführen, wodurch letzte Vorbehalte Frankreichs, Italiens und Griechenlands gegen die Aufnahme Spaniens und Portugals ausgeräumt worden waren, bezeichnet Simitis als einen „Akt der Gerechtigkeit“. Er gelte im Vergleich zu dem Schutz, den die Produkte nordeuropäischer Staaten innerhalb der Gemeinschaft genossen: „Es gibt keine erworbe-

nen Rechte für die alten Mitglieder der EG, denen sich neue Mitgliedsstaaten unterordnen müssen.“

Die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen Griechenland und der Bundesrepublik bezeichnet Simitis „bei allen unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Auffassungen“ als „sehr gut“. Als Beispiel für die „unterschiedlichen Auffassungen“ führt der frühere Widerstandskämpfer gegen das Obristenregime in Athen die letzte Regelung für die griechische Sultaninen-Produktion an: „Die EG-Kommission wollte im Rahmen der von ihr befürworteten Garantieschwelle, nach der Preise oder Subventionen in voller Höhe nur bis zu einem festgelegten Produktionslimit zugesichert und die Absatzkosten überschreitender Mengen den Produzenten auferlegt werden sollen, die Sultaninenproduktion in Griechenland auf 80 000 Tonnen beschränkt sehen. Dieses Jahr aber haben wir wegen des günstigen Wetters 100 000 Tonnen Sultaninen geerntet, weil wir keinen Einfluß auf die Natur haben.“ Der Kompromiß wurde gefunden: Griechenland gab nach, die Preise für Sultaninen wurden nicht erhöht und damit der Streit beigelegt.

## Kohl zuversichtlich über Fortgang des Ost-West-Dialogs

SED-Zentralorgan kritisiert Brief des Bundeskanzlers

Kyoto/Bonn/Moskau. (Reuter/dpa) Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich zuversichtlich über den Fortgang des Ost-West-Dialogs auch nach der möglichen Stationierung amerikanischer Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper in Westeuropa geäußert. Auf der Fahrt von Tokio nach Kyoto sagte Kohl gestern zu Journalisten: „Es gibt keine Eiszeit, keinen kalten Krieg. Das sage ich voraus.“ Die Verhandlungen gingen weiter - ob in Genf oder anderswo.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühle und der Fraktionsgeschäftsführer Wolfgang Schäuble sagten ebenfalls gestern nach der Rückkehr von politischen Gesprächen in der Tschechoslowakei und Ungarn, dort herrsche das dringende Interesse, die bilateralen Beziehungen soweit wie möglich von Belastungen freizuhalten. Die Gesprächspartner hätten ausnahmslos Wert auf Perspektiven gelegt, die über das Ende dieses Jahres hinausreichen. Niemand wolle Türen zuschlagen.

Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS hat im Zusammenhang mit dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Japan an das Bündnis zwischen „deutschem Faschismus und japanischem Militarismus“ im Zweiten Weltkrieg erinnert. Es sei allerdings zu einfach, eine direkte Parallele zu ziehen, schrieb TASS gestern. Die Versuche jedoch, so etwas wie eine Achse Bonn-Tokio unter der Führung Washingtons zu schaffen, seien höchst gefährlich für die Sache des Friedens.

In den Gesprächen zwischen dem japanischen Ministerpräsidenten Nakasone und Kohl sei die Unterstützung für den amerikanischen Kurs in Richtung auf einen weiteren Aufbau von Atomwaffen zum Ausdruck gekommen, hieß es weiter. Der Besuch Kohls in Japan sei zu einer weiteren „NATO-isierung“ Japans benutzt worden. Hinter dem Wortschwall über die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität stecke die volle Solidarität für die militärische Politik Washingtons.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hat der Bundesregierung vorgeworfen,

sie beharre auf dem Kurs der atomaren Aufrüstung. In einem Kommentar zum Schreiben von Bundeskanzler Helmut Kohl an DDR-Staats- und Parteichef Erich Honeker heißt es gestern, zwar bekenne sich auch Kohl dazu, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, doch sei das Bestreben unverkennbar, die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zu rechtfertigen.

Damit trage die Bundesregierung nicht zu mehr Sicherheit in Europa bei, sondern nehme das Risiko einer Verschärfung der Lage mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen auf sich. Das könne nicht ohne Auswirkungen auf die Beziehungen beider Länder bleiben. Nur wenn der Frieden sicher sei, könnten sich die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten wirklich im Sinne guter Nachbarschaft gestalten. Der DDR-Vorschlag zur Bildung einer „Koalition der Vernunft“ bleibe auf dem Tisch, heißt es abschließend in dem Kommentar.

Der sowjetische Abrüstungsexperte Lew Semjko hat gestern die auch von den Grünen im Deutschen Bundestag erhobene Forderung abgelehnt, auf die westliche Raketenstationierung nicht mit der Aufstellung neuer Waffen zu antworten. Semjko, Mitglied des Instituts für US-Studien und der Akademie der Wissenschaften, schrieb in der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“, die UdSSR sei zur Aufstellung neuer Raketen verpflichtet, um ihre Sicherheit nicht aufs Spiel zu setzen. Westliche Gruppen, darunter vorige Woche auch die Grünen, hatten die UdSSR gedrängt, auf solche Schritte zu verzichten, die eine neue Stufe des Wettrüstens seien.

### USA: Militärische Aktion in Nicaragua nicht geplant

Bonn (twi) Die europäischen Verbündeten sind nicht vor dem Einmarsch der US-Truppen in Grenadä informiert worden, weil es allein um die Sicherheit amerikanischer Bürger auf der Karibik-Insel gegangen sei. Diese Haltung vertrat die US-Botschafterin Jean Kirkpatrick bei einer Pressekonferenz in New York, die direkt in die amerikanische Botschaft nach Bonn und in die US-Vertretungen anderer europäischer Hauptstädte übertragen wurde. Die Diplomatin verteidigte die Intervention nachhaltig mit der Blutherrschaft, die nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Bishop auf Grenada geheerrscht habe. Kirkpatrick sagte weiter, daß die USA die Invasion fast fünf Tage lang vorbereitet haben. Dies wurde gestern zum ersten Mal vom Ministerpräsidenten von Barbados, Tom Adams, bestätigt.

Auf die überwiegend in Bonn und London angeklungene Kritik anspielend äußerte die Politikerin die Hoffnung, daß man in Konsultationen die Partner von der Berechtigung der amerikanischen Aktion überzeugen könne. Allerdings, so fügte Kirkpatrick hinzu, sei das Aufgabengebiet der NATO nicht unbedingt auf den eigentlichen Bündnisraum beschränkt, sondern müsse auch für die Bereiche gelten, in denen Freiheit und Demokratie unterdrückt werden.

In der gleichen Sendung erklärte ein hoher Vertreter des Auswärtigen Amtes, daß die USA überall ein militärisches Eingreifen in Nicaragua „auf absehbare Zeit“ nicht planen. Überrascht zeigte sich der Sprecher aber von dem „hohen Maß kommunistischer Infiltration sowjetischer und kubanischer Kräfte“ auf der Insel, die die US-Soldaten entdeckt haben. Der Sprecher: „Daraus werden wir unsere Lehren ziehen.“

### Teheran unternimmt neue Offensive im Golfkrieg

Teheran/Bagdad. (dpa) Die iranischen Streitkräfte haben gestern im Nordabschnitt der iranisch-irakischen Front laut Radio Teheran 1200 Iraker getötet beziehungsweise verwundet. Während der neuen Offensive, die im Morgengrauen begann, seien drei irakische Bataillone vernichtet und elf Dörfer erobert worden. Drei irakische Flugzeuge seien abgeschossen worden, meldete Radio Teheran. Nach Angaben eines Militärsprechers in Bagdad waren die irakischen Truppen in heftige Abwehrkämpfe verwickelt. Die amtliche irakische Agentur INA verbreitete eine Erklärung, in der es hieß, die irakischen Truppen seien entschlossen, „die neue Aggression der kriminellen Herrscher Irans zurückzuschlagen“.

INA zitierte einen irakischen Offizier, der gesagt habe, der Irak werde nun „hochmoderne Waffen“ gegen die Iraner einsetzen. Am Mittwoch hatte der französische Verteidigungsminister Charles Hernu die Auslieferung von fünf modernen Kampfflugzeugen des Typs „Super Etendard“ an Irak bestätigt. Iran hatte gedroht, die für die westliche Ölversorgung wichtige Meerenge von Hormus zu sperren, falls Bagdad mit den französischen Flugzeugen angreife. Der Staatsminister für Auswärtiges des Öl-scheichtums Katar und Generalsekretär des arabischen Golf-Kooperationsrates, Achmed Bin Saif, erklärte gestern, daß er mit einer „ausländischen Invasion“ rechne, falls Iran diese Drohung wahr mache. Wie schon in den vergangenen Wochen konzentrierten sich die Kämpfe auf das Gebiet der irakischen Stadt Penjwin. Der iranische Rundfunk berichtete in Sondermeldungen, zwei westlich von dieser Stadt gelegene irakische Stellungen seien im Sturm erobert worden.

### Baden-Württemberg feiert

Stuttgart. (AP) Vor genau dreißig Jahren, am 4. November 1953, hat sich die verfassungsgebende Landesversammlung im neugegründeten Südwest-Staat darauf geeinigt, dem jüngsten deutschen Bundesland den Namen „Baden-Württemberg“ zu geben. Aus Anlaß der 30. Wiederkehr der abschließenden Beratungen über Name und Landesverfassung nannte der baden-württembergische Ministerpräsident Späth gestern die Verfassungen aller deutschen Länder ein Fundament der lebendigen Demokratie.

### Ulrich Klug wird 70 Jahre alt

Köln. (dpa) Einer der profiliertesten Rechtsgelehrten in der Bundesrepublik, der ehemalige Hamburger Justizsenator Ulrich Klug (Foto), vollendet am Montag sein 70. Lebensjahr. In den sechziger Jahren gehörte Klug zu jenen 18 „Alternativ-Professoren“, die die später von der sozial-liberalen Koalition in Bonn beschlossene Strafrechtsreform maßgeblich vorbereitet haben. Der Kölner Rechtsprofessor trat nach der Bonner „Wende“ aus der FDP aus und engagierte sich als Gründungsmitglied bei den „Liberalen Demokraten“.

### Trudeau nächste Woche in Bonn

Bonn. (dpa) Der kanadische Premierminister Pierre Trudeau kommt am Donnerstag nach Bonn. Wie das Bundespresamt gestern mitteilte, wird Trudeau mit Bundeskanzler Kohl Fragen der Ost-West-Beziehungen und der Rüstungskontrolle besprechen.

### KPI-Zentralorgan bestreikt

Rom. (dpa) Zum ersten Mal in seiner 60jährigen Geschichte ist das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens (KPI), „L'Unita“, bestreikt worden. Das Blatt konnte gestern wegen einer Arbeitsniederlegung der etwa 400 Drucker nicht erscheinen, die damit gegen die fehlende Auszahlung von Löhnen und Gehältern protestierten.

### Nachfolger Raschidows gewählt

Moskau. (dpa) Als Nachfolger für den am Montag verstorbenen sowjetischen Politbüro-Kandidaten und Ersten Parteisekretär der Republik Usbekistan, Scharaf Raschidow, ist Insmachon Usmanochschajew als neuer Parteichef der mittelasiatischen Republik gewählt worden. Usmanochschajew sei früher Präsident des Obersten Sowjets Usbekistans gewesen, teilte die amtliche Nachrichtenagentur TASS gestern mit.

### Krisentagung am Golf beendet

Doha. (Reuter) Die Außenminister der Golfstaaten haben am späten Mittwochabend zweltägige Beratungen über den Krieg zwischen Iran und Irak, die Krise in Libanon sowie innerarabische Probleme beendet. Die Minister bereiteten zudem einen Gipfel der Staaten des Rates für Zusammenarbeit am Golf (GCC) vor. Dem Rat gehören Saudi-Arabien, Bahrain, Katar, Kuwait, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) an.

### Ex-Bürgermeister unter Hausarrest

Tel Aviv. (AP) Der abgesetzte Bürgermeister von Nablus im israelisch besetzten Westjordanland, Bassam Schakaa, ist nach eigenen Angaben gestern von israelischen Soldaten unter Hausarrest gestellt und daran gehindert worden, sich in Jerusalem mit einem britischen Regierungsvertreter zu treffen. Schakaa, der 1980 bei einem Bombenanschlag beide Beine verloren hat, sagte auch, er habe keine Erlaubnis erhalten, in die USA zu reisen, um sich ärztlich behandeln zu lassen und an einer Veranstaltung zu seinen Ehren teilzunehmen.

### Machtübertragung terminiert

Buenos Aires. (dpa) Die argentinische Militärregierung will der neugewählten demokratischen Zivilregierung die Macht zwischen dem 10. und 15. Dezember übertragen. Dies wurde am Mittwochabend in Buenos Aires offiziell mitgeteilt.

Weitere Korrespondentenberichte S. 21

### General-Anzeiger

Unabhängige Tageszeitung für die Bundeshauptstadt Bonn, den Rhein-Sieg-Kreis, Ahrweiler und nördlichen Kreis Neursiedel  
Bonner Stadtanzeiger - Bad Godesberger Nachrichten  
Beuener Nachrichten - Rhein-Sieg-Zeitung  
Ahr-Eifel-Nachrichten  
Verlagsgründung 1725  
Verleger und Herausgeber:  
Hermann Neusser, Hermann Neusser jr., Dr. Otto Weidert 1  
Chefredakteur: Friedhelm Kemna; stv. Chefredakteure: Hermann Josef Kraemer, Herbert Leiner; Chef vom Dienst: Udo Minns; Politik: Herbert Leiner (Leitung), Hubert Kleine Stagemann, B. T. Güngör, Dr. Franz Smets; Lokale: Hans Dieter Weber (Leitung), Dr. Urs Sprangher (stv. Leitung), Bernd Leyendecker, Rhein-Sieg-Kreis: Krause Ahrweiler und Neuwied: Ingo Wolff (Leitung), Hans-Joachim Oster; Feuilleton, Kultur und Beilagen: Hermann Josef Kraemer (Leitung), Dieter Gerber, Hans G. Schürmann (Musik); Wirtschaft, Nachrichten und Berichte: Hermann Edmund Els (Leitung), Sel Caspary, Paul Gerhard, Brigitte Lenz; Sport: Sigurd Parne (Leitung), Andreas Böttcher, Hans Koch; Bonner Parlamentsredaktion: Wolf J. Bell, Ekkehard Kocks  
Verlagsleitung: Werner Hundhausen; Anzeigen: Werner Noll, Ilse Müller (stv.); Vertrieb: Willi Kirschbaum, alle in Bonn.  
Verlag und Druck: Bonner Zeitungsdruckerei und Verlagsanstalt H. Neusser GmbH und Co. KG  
5300 Bonn 1, Justus-von-Liebig-Straße 15  
Postfach 1609, Postcheckkonto Köln Nr. 186 72 - 501.  
Erscheinungsweise sechsmal wöchentlich; freitags mit der Verlagsbeilage PRISMA - Wochenmagazin zur Zeitung Bezugspreis DM 17,30 einschließlich Botenlohn; Postbezugs DM 17,90. Alle Preise verstehen sich brutto einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.  
Angeschlossen der Zeitungsgruppe RWR, der Anzeigen-Coöperation Nordrhein (ACN) und der IW-Anzeigenpreliste Nummer 23 vom 1. März 1983.  
Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages, im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung. Erfüllungsort und Gerichtsstand für Mahnerfahren ist Bonn, soweit das Gesetz nichts anderes zwingend vorsieht.  
Telefon-Sa.-Nr. (02 28) 66 88 - 1  
Durchwahl-Ruf-Nr.: Telef. Anzeigen-Annahme 66 88 - 333  
Durchwahl-Ruf-Nr. Abonnenten-Abteilung 66 88 - 222  
Fernschreiber 8869616 gabnd